



GdP will in Dortmund Signal für eine bessere Innenpolitik setzen

Nur zwei Wochen vor der auch bundesweit entscheidenden Landtagswahl in NRW hat die Gewerkschaft der Polizei für den 20. bis 22. April ihre Mitglieder zum Landesdelegiertentag nach Dortmund eingeladen. Unter dem Motto „Wir sichern Zukunft“ wollen die 207 Delegierten der Kreisgruppen und Bezirksverbände der GdP nicht nur einen neuen Landesbezirksvorstand wählen und über die Arbeitsschwerpunkte für die kommenden vier Jahre beraten, sondern auch ein Signal für eine bessere Innenpolitik setzen.

„NRW soll wieder führend werden, wenn es um die Innere Sicherheit geht“, fordert im Vorfeld des Landesdelegiertentags GdP-Landesvorsitzender Frank Richter. „Und zwar unabhängig davon, wie die Landtagswahl ausgehen wird.“ Denn, dass das Ergebnis am Ende knapp werden dürfte, darin sind sich seit Wochen alle politischen Beobachter einig. Immer wieder hat die GdP deshalb in den vergangenen Monaten erklärt, dass sie ihre Forderungen nach einer besseren Innenpolitik nicht nur an die derzeit amtierende schwarz-gelbe Landesregierung richtet, sondern an alle im künftigen Landtag vertretenen Parteien. Und sie hat das Gespräch mit den führenden Innenpolitikern aller Landtagsfraktionen gesucht.

Kein Wunder also, dass sich ein Großteil der 226 Anträge, über die die Delegierten in Dortmund beraten werden, auf Themen der Inneren Sicherheit konzentriert. In mehreren Leitanträgen werden wirksamere Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung, zur Reform des Jugendstrafrechts und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit gefordert. Im Jugendstrafrecht tritt die GdP vor allem für eine schnellere Ahndung begangener Straftaten ein. „Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist neben der Strafe dem Erziehungseffekt eine besondere Bedeutung beizumessen. Deshalb dürften zwischen Tat und Strafe nicht Monate vergehen“, heißt es dazu im Antrag A 10. Bei Bagatelldelikten hält die GdP das Zeigen einer „gelben Karte“ als Warnschuss für sinnvoll. Im Wiederholungsfall oder bei schwerwiegenden Straftaten sollte Arrest als Erziehungsmaßnahme verhängt werden, um die jungen Täter zum Nachdenken über ihr Handeln zu bewegen. Weitere Anträge befassen sich mit der Strafverfolgung im Internet und mit

Maßnahmen gegen die wachsenden Übergriffe gegen Polizeibeamte.

Für politische Debatten könnte auch der Leitantrag zur Verkehrspolitik sorgen (A 2). Dort wird vorgeschlagen, die Zahl der vorsätzlichen Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Einführung einer Halterhaftung für den fließenden Verkehr zu reduzieren, wie es sie bereits in zahlreichen anderen europäischen

Ländern gibt. Weil die Polizei dann nicht mehr nachweisen müsste, wer das Fahrzeug gefahren hat, steigt die Wahrscheinlichkeit, für Geschwindigkeitsüberschreitungen belangt zu werden, und damit automatisch die Verkehrsdisziplin. Zudem wird in dem Antrag die Einführung eines generellen Überholverbots für LKW auf zweispurigen Autobahnen und die Hebraufsetzung der Mindestgeschwindigkeit auf 80 km/h vorgeschlagen.

Weitere Anträge befassen sich mit der anstehenden Dienstrechtsreform für den öffentlichen Dienst, dem Besoldungs- und Beamtenrecht und mit tarifpolitischen Fragen. Dazu gehört auch die Frage, wie sich die Polizei auf das Alterwer-

→ Seite 2

Das Jahr der Gewerkschaften

2010 wird das Jahr der Gewerkschaften. Denn bereits jetzt steht fest, dass nach der Landtagswahl alle Hüllen fallen werden. Dass alle bislang von den Parteien nur mühsam verkleisterten Sparideen auf den Tisch kommen werden. Und zwar unabhängig vom Farbenspiel, das wir nach der Wahl erleben werden.

Deshalb ist es gut, dass wir ausgerechnet jetzt, zwei Wochen vor der entscheidenden Landtagswahl in NRW, unseren Landesdelegiertentag haben. Das gibt uns die Möglichkeit, noch einmal in aller Öffentlichkeit für unsere Positionen Flagge zu zeigen. Bei der Inneren Sicherheit und bei der sozialen Absicherung der Beschäftigten bei der Polizei. Dass sich zu unserem Landesdelegiertentag viel politische Prominenz angesagt hat, vom Ministerpräsidenten über den Innenminister bis hin zu den innenpolitischen Sprechern der Parteien, ist dabei kein Fehler. Es sichert uns die Medienpräsenz, die wir brauchen, um unsere Forderungen auch nach außen transportieren zu können. Und es gibt uns die Chance, dass wir uns wieder unserer eigenen Stärke bewusst werden. Denn nur, wenn wir geschlossen auftreten, wenn wir nicht nur die Delegierten und Funktionsträger für unsere politischen Ziele begeistern, sondern auch die Mitglieder, sind wir wirklich stark. Nur dann haben wir die Chance, uns erfolgreich gegen die Zumutungen wehren zu können, die auf uns zukommen werden. Dann ist das Motto unseres Landesdelegiertentags „Wir sichern Zukunft“ kein leeres Versprechen, sondern ein Konzept, das uns viele Jahre tragen wird. Dann ist mir um die Zukunft nicht bange, weil wir die Zumutungen, die auf uns zukommen werden, gemeinsam abwehren können.



Frank Richter



Fortsetzung von Seite 1

den ihrer eigenen Belegschaft vorbereiten kann. Im Leitantrag B 5 „Den demografischen Wandel gestalten“ fordert die GdP einen „grundlegenden Kurswechsel“ in der Personalentwicklungspolitik der Polizei. „Durch das Fehlen jüngerer Kolleginnen und Kollegen läuft die Polizei Gefahr, in vielen Bereichen ihre Kernaufgaben nicht oder nicht mehr in dem erforderlichen Umfang bewältigen zu können“, heißt es in dem vom Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand eingebrachten Antrag. Um dem entgegenzuwirken, wird in dem Antrag eine Faktorisierung der Arbeit gefordert. Polizeibeamte, die besonderen Belastungen oder einem ständigen Wechsel von Tag-, Spät- und Nachtschicht ausgesetzt sind, müssten ohne Abschläge früher in Ruhestand gehen können. Zudem soll durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten sichergestellt werden, dass die jahrelange Mehrarbeit, die in vielen Polizeibereichen längst zum täglichen Berufsalltag geworden ist, dazu genutzt werden kann, dass der einzelne Polizeibeamte zwischendurch eine Auszeit nehmen kann, um sich für den beruflichen Alltag zu regenerieren, oder dass er später vorzeitig aus dem Beruf aussteigen kann.

Zu den zentralen gesellschaftspolitischen Anträgen gehört auch der Leitantrag E 12 zum Landespersonalvertretungsrecht (LPVG). Er fußt auf den Eckpunkten für ein modernes Personalvertretungsgesetz, die die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Ende 2008 vorgelegt haben. Die Mitbestimmung soll wieder auf alle für das Arbeitsverhältnis relevanten Tatbestände ausgeweitet werden.

Ein eigener Antragsblock ist zudem den satzungsrechtlichen und organisationspolitischen Fragen gewidmet. Im Antrag F 5 wird gefordert, dass der Landesbezirksvorstand eine Arbeitsgruppe einsetzt, die die derzeitige Organisationsstruktur der GdP überprüfen soll. „Nach dem Wegfall der Bezirksregierungen als Mittelinstanz ist von den Aufgaben (der Bezirksverbände) lediglich die organisatorische Betreuung der zum BV gehörenden Kreisgruppen übrig geblieben“, heißt es in der Antragsbegründung. In mehreren anderen Anträgen wird die Frage aufgeworfen, ob die bisherigen Landesfachausschüsse zu Gunsten kurzfristig einsetzbarer Kommissionen aufgegeben werden sollen.

Neben der Beratung der Anträge muss der Delegiertentag auch den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS) neu wählen. Frank Richter wird sich als

In NRW gab es im vergangenen Jahr 41 115 Wohnungseinbrüche, 8,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote von 16,1 auf 14,4 Prozent gesunken. Einer der Gründe dafür: In NRW gibt es zwar ein dichtes Netz von Beratungsangeboten zum Schutz vor Wohnungseinbrüchen, aber die meisten Beratungsstellen sind finanziell und personell kaum unterfüttert. Auf dem Kriminalforum der GdP Ende Februar in Düsseldorf hat sich der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter deshalb dafür ausgesprochen, dass mit Hilfe von Modellprojekten erprobt wird, wie die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen nachhaltig verbessert werden kann. „Wohnungseinbrüche sind ein massiver Eingriff in die Intimsphäre der Opfer. Dass sie faktisch ohne jedes Risiko begangen werden können, ist nicht hinnehmbar“, sagte Richter.



Referent des eintägigen Kriminalforums war neben Präventions- und Opferenschutzexperten der nordrhein-westfälischen Polizei auch der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Prof. Dr. Christian Pfeiffer (Foto).

Mehr Körperverletzungen und Wohnungseinbrüche

Ausgewählte Straftaten aus der Kriminalstatistik 2009

	Straftaten	Veränderung gegenüber 2008 (in Prozent)
Mord und Totschlag	359	-5,8
Rohheitsdelikte	188 040	+3,1
darunter:		
- Raub	14 330	+1,2
- gefährliche Körperverletzung	36 005	-0,4
- einfache Körperverletzung	82 934	+3,6
Vergewaltigung und schwere sexuelle Nötigung	1 726	+4,9
Wohnungseinbrüche	41 115	+8,2
Vermögens- und Fälschungsdelikte	268 570	+9,6

Quelle: Innenministerium NRW, Kriminalitätsentwicklung im Land Nordrhein-Westfalen 2009



2009 wurden in NRW fast 1,5 Millionen Straftaten verübt, 0,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Trotz des leichten Anstiegs der Zahl der Straftaten stieg die Aufklärungsquote auf über 50 Prozent (50,8 Prozent). Sorge bereitet aus Sicht der GdP allerdings die starke Zunahme von Straftaten, die für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besonders wichtig sind. Bei Raub und Körperverletzung gab es einen Zuwachs von 3,1 Prozent, bei Vergewaltigungen und sexueller Nötigung von 4,9 Prozent. Bei den Wohnungseinbrüchen lag der Zuwachs sogar bei 8,2 Prozent. Auch bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten gab es einen starken Anstieg (plus 9,6 Prozent).

Landesbezirksvorsitzender zur Wiederwahl stellen. Daneben haben die Bezirksverbände der GdP bislang folgende Kandidatinnen und Kandidaten nominiert: Arnold Plickert und Werner Dominke (BV Arnsberg), Karl-Heinz Kochs (BV Aus- und Fortbildung), Udo Linnenbrink

(BV Detmold), Brigitte Herrschaft, Heinrich Senkowski und Wolfgang Spies (BV Düsseldorf), Peter Hugo und Michael Mertens (BV Köln) und Lorenz Rojahn (BV Münster). Brigitte Herrschaft wurde auch als Vertreterin der Tarifbeschäftigten nominiert.



GdP fordert 200 zusätzliche Stellen für den Höheren Dienst

Die Führungskräfte bei der Polizei tragen eine besondere Verantwortung für die Leistungsfähigkeit und die Qualität der Polizeiarbeit. So sieht das auch der Innenminister. Trotzdem fehlen nach Berechnungen der GdP im Höheren Dienst aktuell allein 20 Planstellen, um alle nach dem Polizeiorganisationsgesetz (POG) I und II vorgesehenen Funktionen besetzen zu können. Mittelfristig gibt es im Höheren Dienst sogar einen Mehrbedarf von 200 Stellen.

Immer wieder erreichen die GdP Meldungen aus dem Höheren Dienst, die von Resignation, Perspektivlosigkeit, Frustration und innerer Kündigung geprägt sind. Die GdP sieht diese Entwicklung mit großer Sorge. Die negative Stimmung im Höheren Dienst ist nicht nur Hinweis darauf, dass sich viele Beamtinnen und Beamte des Höheren Dienstes um ihre Aufstiegschancen betrogen fühlen, sondern auch ein Warnsignal, dass ohne eine nachhaltige Verbesserung der Situation die Leistungsfähigkeit der Polizei insgesamt gefährdet ist.

Verantwortlich für die Fehlentwicklung ist das Innenministerium. „Wieder einmal verschließt der Innenminister die Augen vor der Realität“, kritisiert GdP-Landevorsitzender Frank Richter das Fehlen einer Personalentwicklungspolitik für den Höheren Dienst und verweist auf die angespannte Situation in den einzelnen Arbeitsbereichen. „Bereits heute schaffen wir es zum Beispiel nicht, die nötige Zahl von Dozentinnen und Dozenten für die Ausbildung an der Fachhochschule zu gewinnen. Nicht nur in vielen Dienststellen, sondern auch bei den Polizeiärzten ist die Situation von Perspektivlosigkeit geprägt. So verwundert es nicht, dass wir kaum noch Nachersatz bekommen bzw. dass die neu eingestellten Ärzte nach kurzer Zeit wieder kündigen“, erläutert Richter.

Hinzu kommt, dass bereits bei den heutigen Auswahlverfahren massive Probleme bestehen, eine genügende Zahl von qualifizierten Kolleginnen und Kollegen für den Aufstieg in den Höheren Dienst zu gewinnen. Dabei spielen die bisherige Form des Auswahlverfahrens,

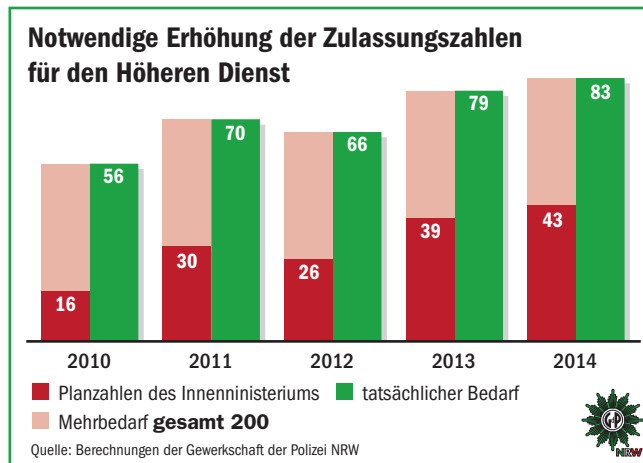
die Ausbildungsdauer, die zu erwartende Erstverwendung und die Karrierechancen nach der Ausbildung für den Höheren Dienst eine nicht unerhebliche Rolle. Verschärft wird die Situation zusätzlich dadurch, dass bereits heute im Höheren Dienst eine erhebliche Diskrepanz zwi-

wendung, Erziehungs- bzw. Sonderurlaub sowie Projektarbeit der Stelleninhaber blockiert sind. Legt man weiter zugrunde, dass alleine in diesem Jahr für die Fachhochschule ein Mehrbedarf von 13 Stellen zu realisieren ist, dürfte sich der aktuelle Fehlbestand im Höheren Dienst auf 50 Planstellen belaufen.

Eine wesentliche Rolle bei der Berechnung des Personalbedarfs für den Höheren Dienst spielen zudem die Pensionierungszahlen der kommenden Jahre. Sie steigen von 30 in diesem Jahr auf 55 im Jahre 2020. Da die Ausbildung der Laufbahnbeamtinnen und -beamten einen Zeitraum von vier Jahren (Förderphase/Masterstudium) vorsieht, fordert die GdP, dass die Zulassungszahlen zum Masterstudiengang sofort entsprechend erhöht werden, damit die zusätzlich ausgebildeten Führungskräfte ab 2014 tatsächlich zur Verfügung stehen. Frank Richter: „Hier ist sofortiges Handeln erforderlich, weil sich sonst der Fehlbestand im Höheren Dienst bis Mitte des Jahrzehntes weiter massiv erhöhen wird.“ Konkret bedeutet das, dass die Zulassungszahlen für die Ausbildung für den Höheren Dienst in den kommenden fünf Jahren jeweils um 40 Stellen gegenüber der bisherigen Planung erhöht werden müssen.

Um offensiv für ihre Forderung nach Ausweitung der Stellen im Höheren Dienst zu werben, hat die GdP ein mehr als 20-seitiges Positionspapier zur „Zukunft des Höheren

Dienstes in der Polizei NRW“ erarbeitet. Dort wird im Detail begründet, welche Schritte kurzfristig und mittelfristig erforderlich sind, damit sich Situation und Stimmungsbild im Höheren Dienst nicht noch weiter verschlechtern. Das Positionspapier hat die GdP auch Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) vorgelegt.



Nach den Plänen des Innenministeriums soll die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten, die für ein Masterstudium für den Höheren Dienst zugelassen werden, in den kommenden fünf Jahren von 16 auf 43 steigen. Das reicht aber nicht, um alle Funktionsstellen im Höheren Dienst, die zur Zeit wegen Personal mangels nicht besetzt sind oder durch Pensionierungen frei werden, zu besetzen. Die GdP fordert deshalb, dass die Zahl der Polizeibeamten, die für eine Ausbildung für den Höheren Dienst zugelassen werden, um 40 pro Jahr erhöht wird.

schen der Zahl der beschriebenen Funktionen nach Funktionszuordnung und den tatsächlich hierfür zur Verfügung stehenden Kolleginnen und Kollegen besteht. Nach Berechnungen der GdP sind aktuell etwa 20 Funktionen in den Polizeibehörden unbesetzt.

Diese Fehlbesetzungen resultieren zum einen daraus, dass die Zahl der vorhandenen Planstellen nicht ausreicht, um die Vielzahl der neu geschaffenen Funktionen nach POG I und POG II abzudecken. Zum anderen fehlen den Polizeibehörden Stellen, die durch Auslandsver-

www.gdp-nrw.de

Positionspapier „Zukunft des Höheren Dienstes in der Polizei NRW“ zum Download





Paracelsus-Berghofklinik für Abhängigkeitserkrankungen

- ◇ Spezifische Therapiegruppe für suchtkranke Polizeibedienstete
- ◇ Besondere Berücksichtigung der beruflichen Belastungen im Polizeidienst
- ◇ Vielfältige Therapiemöglichkeiten zur Auseinandersetzung und Aufarbeitung von Konflikten und Problemen
- ◇ Wiederherstellung körperlicher Fitness
- ◇ Einzelzimmer mit Dusche, WC, Telefon



Paracelsus-Wittekindklinik für Psychosomatische Erkrankungen

Medizinische und psychotherapeutische Behandlung zum Erlernen von

- ◇ Umgang mit Stress und Belastungen
- ◇ hilfreicher Kommunikation
- ◇ sozialer Kompetenz
- ◇ Krankheitsbewältigung
- ◇ physischer und psychischer Unabhängigkeit

Wir behandeln u.a.

- ◇ Ängste, Depressionen, Erschöpfungszustände
- ◇ Schmerzsyndrome
- ◇ Essstörungen (Adipositas, Bulimie)

Einzelzimmer mit Dusche, WC, Telefon

Vielfältige klinikinterne und externe Freizeitmöglichkeiten in schöner, waldreicher Umgebung.

Kontakt:

Berghofklinik: 05472-935-00
berghofklinik@pk-mx.de
www.berghofklinik.de

Wittekindklinik: 05472-935-01
wittekindklinik@pk-mx.de
www.wittekindklinik.de

Alles im Griff?

-Anzeige-

– Suchterkrankungen bei Polizeibediensteten

Besondere berufsspezifische Bedingungen der Polizeiarbeit, wie z. B. Dienst mit der Waffe, Überforderung durch Überstunden und Schichtarbeit sowie durch den Dienst bedingte psychische Belastungen bis hin zu Traumatisierungen durch Angst auslösende Stresssituationen bleiben nicht immer ohne Folgen für die psychische Gesundheit und die sozialen Beziehungen.

„Die Entwicklung einer Alkoholabhängigkeit kann auf diesem Hintergrund als Versuch verstanden werden, äußere und innere Konflikte, die die Betroffenen oft auch nicht bewusst wahrnehmen, bewältigen zu wollen...“, so Dr. med. Peter Subkowski, Chefarzt der Paracelsus-Berghofklinik Bad Essen. In enger Kooperation mit den sozialen Ansprechpartnern der Polizei wurde hier 2007 ein spezielles Konzept zur Behandlung suchtkranker Polizeibediensteter entwickelt, welches den Besonderheiten der Polizeiarbeit Rechnung trägt.

In einer speziellen Therapiegruppe für Einsatzkräfte wird ein Bewusstsein für diese Zusammenhänge geschaffen. Die Auseinandersetzung mit den individuellen Verarbeitungsmechanismen in einem Rahmen, der tieferes Vertrauen in die Verschwiegenheit der Gruppe aus „Gleichgesinnten“ ermöglicht, eröffnet auch gleichzeitig Unterstützungs- und Hilfsmöglichkeiten bei der Bewältigung der Suchtkrankheit.

Für die Entwicklung in der Therapie ist von Vorteil, dass Polizeibeamten der Umgang mit Regeln vertraut ist, sie pragmatisch vorgehen und auf eine positive Lebensleistung vor Beginn der Abhängigkeit zurückgreifen können.

Traumatische Ereignisse oder Angst auslösende Situationen können sich allerdings auf den Umgang mit Gefühlen negativ auswirken, was nicht selten zu konflikträchtigen Beziehungen in der Familie führt. Es ist dann Aufgabe der Therapie, dass die Patienten lernen, Gefühle wie Angst, Traurigkeit, Ärger und Wut wieder differenzierter wahrzunehmen und mit ihnen umzugehen. Konflikte ist nicht immer mit ausschließlich pragmatischen Lösungen beizukommen. Um den Alkohol langfristig stehen lassen zu können, sollte man sich für diese Prozesse Zeit nehmen und lernen, sich selbst und andere besser zu verstehen.

Anne Weikert

Paracelsus-Berghofklinik Bad Essen
anne.weikert@pk-mx.de

Übergriff alle 90 Minuten

2009 hat es in Nordrhein-Westfalen erneut 5700 Übergriffe auf Polizeibeamte gegeben. Die GdP hat deshalb Mitte Februar Innenminister Ingo Wolf (FDP) aufgefordert, entschiedener gegen die zunehmende Gewalt gegenüber der Polizei vorzugehen. „Dass es in NRW alle 90 Minuten zu einem Übergriff auf Polizisten kommt, ist nicht hinnehmbar“, erklärte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter. „Wolf muss endlich sein Ende vergangenen Jahres gegebenes Versprechen einlösen, eine Studie zu den Ursachen der Gewalt auf den Weg zu bringen, damit wir der zunehmenden Gewalt etwas entgegensetzen können“, forderte Richter. Dieses Problem wird auch nicht dadurch gelöst, dass im Innenministerium seit Anfang des Jahres gewalttätige Übergriffe auf Polizeibeamte gesondert erfasst werden. In der neuen Statistik werden weder die genauen Umstände der Übergriffe erhoben, noch Widerstandshandlungen in der Vergangenheit berücksichtigt.

Positiv bewertet die GdP hingegen die Ankündigung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), sich für eine stärkere strafrechtliche Sanktionierung von Übergriffen auf Polizeibeamte einzusetzen. In einem Brief an den GdP-Vorsitzenden Frank Richter hatte Rüttgers erklärt, dass das Ziel der Innenministerkonferenz, das strafrechtliche Instrumentarium zum Schutz von Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften zu ändern, seine „volle Unterstützung“ genießt.



Seniorentag für 2012 geplant

„Vom Ende her“ hat der Landessenorenvorstand in einer Klausurtagung Ende Februar in Aachen seine Arbeitsschwerpunkte für die nächsten vier Jahre entwickelt. Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass NRW bei der diesjährigen Bundessenorenkonferenz nicht mit einem einzigen Antrag vertreten ist. Der Grund dafür: Die Landessenorenkonferenz im Oktober vergangenen Jahres in Münster hatte keinen Antrag mit Bundesbedeutung verabschiedet. Vor diesem Hintergrund will der Landessenorenvorstand in den kommenden Jahren bei allen Aktivitäten und Überlegungen bereits die Bundessenorenkonferenz 2014 mit in den Blick nehmen. Auf der Landessenorenkonferenz 2013 sollen dann die entsprechenden Anträge verabschiedet werden. Das wiederum bedeutet, dass die Kreisgruppen und Bezirksverbände bereits 2011 und 2012 erste Überlegungen zu den entsprechenden Anträgen anstellen müssen. Zudem will der Landessenorenvorstand darauf achten, dass es bei der Terminfindung für 2014 nicht erneut zu einer Kollision zwischen der Bundessenorenkonferenz und der Landesdelegiertenkonferenz in NRW kommt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Klausurtagung waren die Veranstaltungen des Landessenorenvorstands in den kommenden vier Jahren. Auf eine Anregung aus dem BV Düsseldorf hin soll es 2012 als „Leuchtturmveranstaltung“ einen Landes-seniorentag geben. Die Detailfragen dazu sollen in den kommenden Monaten geklärt werden. Überlegt wurde auf der Klausursitzung auch, dass jeder BV einmal im Jahr in einer thematischen und zeitlichen abgestimmten Folge eine außenwirksame Veranstaltung organisiert. Das kann z. B. eine extern moderierte Podiumsdiskussion mit Vertretern der politischen Parteien zu brennenden Themen sein. Einig waren sich die Mitglieder des Landessenorenvorstands zudem, dass es sinnvoll ist, die Jahrestermine in den einzelnen BV frühzeitig abzustimmen und festzulegen, um zu einer größeren Kontinuität und Verlässlichkeit zu kommen. Ebenso wurde vereinbart, ein Netzwerk für die Seniorenarbeit aufzubauen.

Als wichtig wurde im Rahmen der Klausurtagung auch die Personalplanung angesehen. Um die Interessen der Senioren langfristig erfolgreich vertreten zu können, müsse in den Seniorengruppen eine vorausschauende Personalplanung betrieben werden. Nachfolger für ausscheidende Aktive müssen rechtzeitig eingearbeitet werden.

Wir sind die GdP



„Wer einmal bei uns gebucht hat, kommt wieder“, sagt Thomas Klein, der Leiter des Reisebüros der GdP-Service GmbH NRW in der Gudastraße. Fast 13 Jahre liegt die Eröffnung des GdP-eigenen Reisebüros unmittelbar neben der Landesgeschäftsstelle am 1. Juli 1997 inzwischen zurück. Das Büro hat sich seit seiner Existenzgründung einen Spitzenplatz unter den Reisebüros in Deutschland erarbeitet. Nach Gründung mit zwei Reiseverkehrskaufleuten – Thomas Klein und Georgia Schachler (Foto) – wurde das Team im Laufe der Jahre mit weiteren Fachkräften – Holger Hesse, Bärbel Zimmermann, Eva Humberg und Mirja Hardt – ergänzt. Zusätzlich sind zwei Kolleginnen – Gudrun Rogge und Michaela Klanke – in der Buchhaltung tätig. Neben der Beratung und der Buchung von Urlaubsreisen zu besonders günstigen Konditionen – 5 Prozent des Reisepreises bekommen GdP-Mitglieder gutgeschrieben und das formlos und ganz unproblematisch – hat sich die GdP-Service GmbH NRW einen Namen als erfolgreicher Spezialanbieter von Gruppenreisen gemacht.

Zwischen 100 und 150 GdP-Mitglieder nehmen alleine jedes Frühjahr an der Seniorenfahrt des Landesbezirks NRW teil. Für die Bundessenorenfahrt im September an die Costa de la Luz/Spanien haben sich sogar bereits 609 GdP-Mitglieder angemeldet. Auch kleinere Spezialangebote, wie eine 10-tägige Thailandreise Ende Oktober, mit eigens polizeispezifischen Besuchspunkten, gehören zum Programm. „Was viele darüber vergessen“, meint Thomas Klein, „ist die Möglichkeit, bei uns auch ganz normale Reisen zu buchen. Nur eben günstiger als anderswo. Unser Angebot gilt für Mitglieder und deren Angehörige und ist immer einen Preisvergleich wert, auch zum Internet.“

GdP aktiv

7. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15.00 Uhr, PP Bonn, Großer Sitzungssaal (Anmeldung: 02 28/15-10 52)

20. – 22. 4., „Wir sichern Zukunft“, Landesdelegiertentag der GdP, Dortmund

9. 5., Landtagswahl NRW

15. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Hamm, 16.30 Uhr, Tennisheim SV 26 Heessen (Anmeldung nur an Roland Knappkorte: Tel. 0 23 81/8 76-40 34)

28. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Solingen, 15.00 Uhr, Gaststätte „Brauhaus Wasserturm“, Schlagbaumer Str. 125, 42653 Solingen

12. 5., Skatturnier der Kreisgruppe Autobahnpolizei/Verkehr Köln, 15.30 Uhr, Sozialraum APW Frechen, A 4 Rastplatz Frechen (Anmeldung bei Herry Wilden: Tel. 02 21/22 64 55)



Zeitzeugen für Stones-Konzert

Dreimal standen die Stones in den sechziger Jahren in NRW auf der Bühne. 1965 in Münster und Essen, 1967 in Dortmund. Und jedes Mal lösten sie einen Massenansturm begeisterter Fans aus. Und einen Großeinsatz der Polizei. GdP-Kollege Gerd Coordes, heute Polizeibeamter in Niedersachsen, will die Geschichte der Stones-Konzerte in einem Buch noch einmal nacherzählen und sucht Zeitzeugen, die bei den legendären Konzerten als Polizeibeamte mit dabei waren. Egal ob direkt vor Ort oder bei der Ankunft der Stones am Düsseldorfer Flughafen. Viele der damals eingesetzten Polizisten



sind wahrscheinlich längst in Pension. Gerd Coordes setzt deshalb darauf, dass jüngere Kolleginnen und Kollegen sie auf die damaligen Ereignisse ansprechen.

Kontakt: Gerd Coordes, Tel. (d) 0 42 31/ 8 06-4 35, mobil 0177/99 24 92 802, E-Mail: gerd.coordes@polizei.niedersachsen.de

Unverzichtbarer Ratgeber

Seit dem Start des Bachelor-Studiengangs 2008 sind in der Polizeiausbildung nicht nur Theorie, Training und Praxis enger miteinander verzahnt, sondern es gelten auch neue Anforderungen an die wissenschaftlichen Arbeiten, die die angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten während ihres Studiums schreiben müssen. Worauf es im Einzelnen bei den Seminararbeiten, den schriftlichen Hausarbeiten während des Studiums und der Formulierung der Thesis für die Abschlussprüfung ankommt, erklärt in einer leicht verständlichen Sprache die „Studienhilfe für wissenschaftliches Arbeiten“, die der GdP-Landesbezirk NRW Anfang März in einer aktualisierten Neuauflage herausgegeben hat. Die Broschüre gibt es gegen eine Schutzgebühr von fünf Euro. Bestellung:

jochen.littau@gdp-nrw.de
Tel. 02 11/29 101 22.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe
ist der 9. April.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 4. Georg Hertel, Bielefeld
- 9. 4. Helmut Kirner, Wuppertal
Edeltraut Walter, Forchheim
- 10. 4. Franz Klein, Köln
- 11. 4. Irma Breunig, Aachen
Hedwig Ufermann, Oberhausen
- 16. 4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
- 17. 4. Frieda Salchow, Bielefeld
- 21. 4. Franz Hölzer, Solingen
- 22. 4. Hildegard Garloff, Harsewinkel
Ilse Packebusch, Haltern
Willi Tegethoff, Wuppertal
- 23. 4. Anneliese Schneider, Waldbröl
- 26. 4. Anni Zanzinger, Voerde
- 27. 4. Babette Sobiech, Herten
Katharina Wiemers, Paderborn
- 28. 4. Stefan Kremer, Bergisch Gladbach
- 30. 4. Günter Benninghoven, Wuppertal
Katharina Krebs, Siegen

91. Geburtstag

- 10. 4. Wilhelm Kramer,
Schloss HolteStukenbrock
- 18. 4. Hans Zimmermanns, Monschau
- 20. 4. Maria Redemund, Gescher
Margot Stöcker, Köln
- 24. 4. Maria Wolter, Mechernich

92. Geburtstag

- 17. 4. Gertrud Schippers, Mönchengladbach
- 21. 4. Klara Recker, Duisburg
- 28. 4. Andreas Suckau, Köln

93. Geburtstag

- 5. 4. Helene Bretschneider, Duisburg
- 16. 4. Anna Hüsgen, Bornheim
- 25. 4. Käthe Goetzke, Essen

94. Geburtstag

- 13. 4. Ernst Raba, Dinslaken
- 18. 4. Herta Hemmer, Gelsenkirchen
- 27. 4. Peter Jansen, Gangelt

95. Geburtstag

- 1. 4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe
- 7. 4. Erna Krause, Düsseldorf
Käthe Krus, Düsseldorf

96. Geburtstag

- 5. 4. Anna Stab, Recklinghausen
- 19. 4. Josefine Sander, Gelsenkirchen

97. Geburtstag

- 2. 4. Ilse Luckhardt, Sögel
- 11. 4. Anni Nievel, Essen
- 28. 4. Edith Weinrich, Wuppertal

98. Geburtstag

- 13. 4. Maria Knaack, Mönchengladbach
- 28. 4. Mathilde Schulte, Bochum

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW
wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - April 2010



Jahresabschlussfahrt mit Programmvorstellung 2011 - Frühbucherpreis bis 31.07.2010 -



2. - 5. Dezember 2010

MS Bellissima****

Köln - Amsterdam - Nijmegen - Köln

**Gönnen Sie sich Ihre persönliche "Aus-Zeit" um
tief durchzuatmen, Ruhe und Besinnlichkeit einer
Fluss-Kreuzfahrt zu erleben, mit uns das Reisejahr 2011
zu entdecken und alte Freunde zu treffen!**

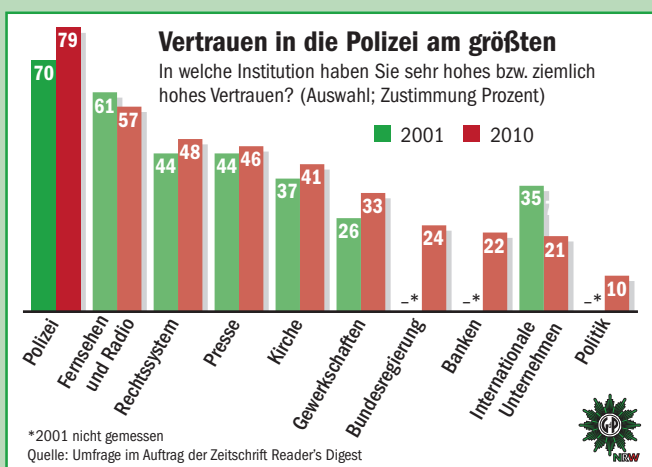
**Reisepreis pro Person
ab € 249,-**

**inklusive 3 Übernachtungen in der gebuchten Kabine,
Vollpension, Begrüßungscocktail, Kapitänsdinner,
Unterhaltungsprogramm u.v.m.**

**Wir würden uns freuen, Sie an Bord persönlich begrüßen zu dürfen!
Bitte fordern Sie weitere Informationen bei uns an!**

**GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de**

Wenn es um das Ansehen politischer Institutionen geht, liegt die Polizei in Umfragen immer weit oben. Eine jetzt veröffentlichte Meinungsfrage der Zeitschrift Readers Digest zeigt, dass die Polizei in Deutschland nicht nur einen Spitzenplatz einnimmt, wenn um die Frage geht,



wem die Bürger vertrauen, sondern dass das Vertrauen in die Polizei in den vergangenen zehn Jahren sogar noch einmal gestiegen ist. 2001 hatten 70 Prozent aller Befragten angegeben, dass sie gegenüber der Polizei ein „sehr hohes“ bzw. ein „ziemlich hohes“ Vertrauen haben. 2010 sehen das sogar 79 Prozent so.

Beihilferecht aktuell

In der 79. Ergänzungslieferung zum Kommentar „Beihilferecht Nordrhein-Westfalen“ liegt der Schwerpunkt bei Abdruck und Überarbeitung der für das Beihilferecht bedeutsamen Vorschriften anderer Rechtsgebiete. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Bestimmungen der Sozialgesetzbücher, die Kinder-Richtlinien, die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission sowie die neuen Arzneimittel-Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses mit den in Frage kommenden Anlagen.

Die Loseblattausgabe ist inkl. Zugang zur Online-Datenbank (Grundwerk ca. 3050 Seiten, DIN A 5, in zwei Ordnern) im Abonnement für 128,00 Euro erhältlich.

Mehr Infos: www.reckinger.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

4. Mai, Frühjahrswanderung (auch für ungeübte Wanderer), Treffpunkt: 11.15 Uhr, Parkplatz Kurhaus Gemünd, mit den ÖPNV nach Vogelsang zur Urft, über die Urftseebrücke nach Gemünd.

Kreisgruppe Duisburg

26. Mai, Tagesausflug nach Cochem, Abfahrt: 08.00 Uhr, Parkplatz Polizeipräsidium

Kreisgruppe Köln

15. April, Vortrag „Einbruchsicherung von Haus und Wohnung“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg

Kreisgruppe Soest

12. April, Seniorenstammtisch, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé Soest, Am Stadtpark 1

Kreisgruppe Unna

29. April, Seniorentreffen, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Café-Bistro, Kurpark Unna

Kreisgruppe Wuppertal

13. April, Vortrag Patientenverfügung und Hospiz, 14.30 Uhr, Polizeiwache Langerfeld (Hintereingang), Schwelmer Str. 15 a

Werbeaktion 2010

Glücksnummern des Monats

45 18621
Michael Lofi, Essen/Mülheim
45 17884
Philip Schumacher, Heinsberg
45 18470
Maren Waschkewitz, Hagen
45 18199
Frederic Scholz, Köln

Die Gewinner erhalten eine Solarleuchte Sun Power.

NACHRUUF

Alfs, Dietmar	17. 3. 1952	Essen/Mülheim	Olbers, Horst Dieter	6. 8. 1953	Oberhausen
Dermietzel, Luise	24. 8. 1917	Minden-Lübbecke	Pägel, Karl-Heinz	2. 12. 1920	Höxter
Drathschmidt, Dorothea	11. 6. 1924	Soest	Ribbe, Elisabeth	22. 4. 1911	Köln
Fischer, Kurt	17. 3. 1926	BZ Linnich	Röhrkasse, Karl	27. 10. 1915	Wuppertal
Focken, Hans	28. 3. 1922	Krefeld	Schnellenbach, Hildegard	14. 9. 1922	Oberbergischer Kreis
Hansmann, Theresia	31. 3. 1923	Paderborn	Schondau, Anneliese	23. 6. 1926	Bielefeld
Heinz, Marianne	11. 6. 1920	Köln	Schultheis, Karl-Josef	1. 9. 1956	Düren
Kerinnis, Siegfried	23. 8. 1927	Autobahnpolizei/ Verkehr Köln	Senz, Joachim	16. 3. 1942	Bochum
Klippert, Joseph	7. 5. 1925	Gelsenkirchen	Smentek, Beate	15. 5. 1960	Dortmund
Klockenkämper, Edith	9. 6. 1925	Hagen	Specht, Karl	14. 11. 1926	Recklinghausen
Knauf, Hans	17. 10. 1926	Köln	Stangenberg, Ursula	28. 2. 1923	Essen/Mülheim
Kruel, Heinz	9. 10. 1922	BR Detmold	Staudt, Maria	25. 3. 1916	Dortmund
Matzdorff, Werner	24. 2. 1912	Minden-Lübbecke	Steinke, Käthe	2. 6. 1917	Mettmann
Mohnen, Johanna	18. 3. 1927	Aachen	Thielsch, Peter	15. 4. 1965	Köln
Neuholz, Werner	9. 8. 1935	Bielefeld	Zander, Leo	5. 12. 1931	Düren
			Zils, Burkhard	27. 6. 1951	Wuppertal

